

Der Marshall Plan mit Afrika –

ein Ansatz zur Umsetzung der Agenda 2030?!¹

F. J. Radermacher

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), ehem. Professor für Informatik, Universität Ulm, Professor für digitale Transformation und Botschafter für digitale Transformation an der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Präsident des Senats der Wirtschaft e. V., Bonn, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome.

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-850712 81, E-Mail: radermacher@fawn-ulm.de, <http://www.fawn-ulm.de>

Zusammenfassung

Der Text diskutiert die Agenda 2030, die sogenannten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals/SDGs) der Vereinten Nationen und ihre Umsetzungschancen. Der Text stimmt nicht in den allgemeinen „Lobgesang“ auf die SDGs ein, sondern sieht diese eher als einen Rückschritt gegenüber den Millennium Development Goals (MDGs) an, weil sie es reichen Ländern erleichtern, sich auf ihre eigenen Probleme zu konzentrieren, statt in internationaler Zusammenarbeit die großen weltweiten Herausforderungen im

¹Radermacher, F. J.: "Der Marshall Plan mit Afrika – ein Ansatz zur Umsetzung der Agenda 2030?!" erscheint in: Herlyn, E.; Lévy-Tödter, M. (2019): Die Agenda 2030 als 'Magisches Vieleck' der Nachhaltigkeit: Systemische Perspektiven, SpringerGabler, Wiesbaden.

Nachhaltigkeitsbereich anzugehen. Die Umsetzungschancen für die SDGs werden als nicht gut angesehen. Es wird dann überlegt, ob ein Marshall Plan mit Afrika eine Chance bieten würde, die Umsetzung der SDGs voranzubringen, insbesondere am Beispiel Afrika, wo die größten Herausforderungen bestehen. In der Tat bietet ein Marshall Plan diese Chancen, allerdings stellt sich auch hier wiederum die Frage, ob ein solcher Plan je zur Umsetzung kommen wird. Mit der jüngst ins Leben gerufenen „Allianz für Entwicklung und Klima“ des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deutet sich ein Weg an, wie im Rahmen einer Multi-Stakeholder-Initiative möglicherweise ein Ansatz gefunden werden kann, einen Marshall Plan mit Afrika und andere, damit zusammenhängende internationale Entwicklungen zu fördern und damit dann auch substantiell zur Umsetzung der SDGs beizutragen. Der Text diskutiert die genannten Themen und damit verbundene Fragestellungen.

1. Einleitung

Die Chancen für eine harmonische Entwicklung in die Zukunft sind nicht gut. Konflikte zwischen den Staaten nehmen zu. Zu beobachten sind Tendenzen der Re-Nationalisierung und auch vermehrte Konflikte innerhalb der Staaten. Die tatsächliche Entwicklung scheint nicht in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu verlaufen, sondern in eine andere Richtung, die in der Literatur unter Begriffen wie „Brasilianisierung/weltweite Zweiklassengesellschaft“ bzw. „ökologischer Kollaps“ thematisiert wird. Zwar hat die Weltgemeinschaft in 2015 die sogenannten Nachhaltigkeitsziele (SDGs), auch Agenda 2030 genannt, verabschiedet. Dieses hochgelobte Programm sieht der vorliegende Text aber mit eher gemischten Gefühlen. Denn es werden zwar viele Einzelthemen sachadäquat erörtert, es fehlt aber eine glaubwürdige Umsetzungsperspektive. Insbesondere erleichtern die SDGs mit ihrer auf Staaten bezogenen Fokussierung es den reichen Ländern,

sich den großen weltweiten Nachhaltigkeitsanforderungen, nämlich eine nachholende Entwicklung der ärmeren Länder bei gleichzeitigem weltweitem Schutz von Umwelt und Klima zu ermöglichen, weitgehend zu entziehen, indem sie sich auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen im eigenen Land konzentrieren. Das ist in der Gesamtwirkung vor allem deshalb kontraproduktiv, weil sich die SDGs, wie schon die internationale Vorläuferprogrammatische der Millenniumentwicklungsziele (MDGs von 2000-2015) und der Klimavertrag von Paris erneut durch ein Übergewicht an Hoffnungen bei nur sehr geringer Umsetzungskapazität auszeichnen. Das gilt vor allem für die Finanzierungsfragen, die wie so oft ein Hauptproblem darstellen (Radermacher F.J., 2015).

Die Addis Abeba Konferenz aus 2015 zum Thema Finanzierung von Entwicklung (vor allem SDGs und Klimaziele) mit dem Titel „From Billions to Trillions“ (World Bank and IMF, 2015) zeigt die Herausforderungen, welche für die Weltgemeinschaft auf der finanziellen Seite bestehen. Realökonomisch liegen die größten Schwierigkeiten darin, dass einerseits Wohlstand dringend erforderlich ist, um das Wachstum der Weltbevölkerung, z. B. in Indien und noch mehr in Afrika, irgendwann zu stoppen. Gelingt dies nicht, kann der Klimawandel wohl nicht mehr bei 2 °C gestoppt werden (Radermacher F.J., 2018b; Senat der Wirtschaft, Radermacher F.J., 2017). Ferner werden die Migrationsthemen dann im weiteren Verlauf noch eine viel höhere Dramatik entwickeln, als das heute schon der Fall ist. Andererseits ist aber Wohlstand bis heute unvermeidbar mit großen Ressourcenverbräuchen und Klimagasemissionen verbunden. Das heißt folgendes: Entweder sind Staaten reich, dann verbrauchen sie viele Ressourcen und erzeugen hohe Klimagasemissionen pro Kopf. Oder sie kommen mit einem geringen Ressourcenverbrauch aus, dann sind es arme Staaten (Club of Rome, Senat der Wirtschaft, 2016).

Die im Nachhaltigkeitsdiskurs angestrebte zukünftige Lösung für Milliarden Menschen, nämlich hoher Wohlstand bei geringem Ressourcenverbrauch, ist nirgendwo auf der Welt

verwirklicht. Inwieweit die Revolution im Bereich IT und Künstliche Intelligenz die Verhältnisse an dieser Stelle verbessern oder verschlechtern wird, ist unklar (Land, Karl-Heinz, 2018). Brasilianisierung ist eine alternative Option. Sie löst die Probleme über „Verarmung“ des weltweiten Mittelstandes. Diese Lösung ist aber in der Sache völlig unzufriedenstellend und würde politisch erhebliche Konflikte heraufbeschwören, die u. U. nicht lösbar sind (Radermacher F. J., Beyers B., 2011).

In diesem Kontext kommt dem afrikanischen Kontinent eine besondere Bedeutung zu. Denn dort erfolgt nach wie vor eine massive Bevölkerungsexplosion. Die Anzahl der Menschen in Afrika hat sich im letzten Jahrhundert versechsfacht auf jetzt 1 bis 1,2 Milliarden Menschen. Die Zahl wird sich wohl bis 2050 verdoppeln, unter Umständen bis 2100 vervierfachen. Es ist schlechterdings nicht vorstellbar, dass so viele Menschen in Afrika eine auskömmliche Zukunft finden können, im Besonderen dann nicht, wenn die Auswirkungen des Klimawandels in den heißen Teilen Afrikas immer spürbarer werden sollten (HDRO at the UNDP, 2018). Letztlich droht in diesem Fall neben vielen anderen Problemen eine massive Migration nach Norden. Ein Vorgang, den wir in Europa in einer noch überschaubaren Form in den letzten Jahren durchlebt haben. Wobei deutlich wurde, dass selbst vergleichsweise kleine Ströme von Migranten die politischen Systeme der reichen Welt sprengen und damit unsere Zukunft unterminieren können. Unsere demokratischen Systeme scheinen kaum gefestigt genug zu sein, mit wachsenden Anforderungen dieser Art fertig zu werden. Schlagartig wurde der Politik und den Bürgern bewusst, was möglicherweise auf uns zukommt. Das schafft bei den Verantwortungsträgern in der Politik zumindest eine inzwischen deutlich kommunizierte Bereitschaft, sich jetzt ernsthafter mit der Zukunft Afrikas und mit einem Marshall Plan mit Afrika zu beschäftigen (Club of Rome, Senat der Wirtschaft, 2016).

2. Die Sustainable Development Goals

Die Weltgemeinschaft hat Ende 2015 in New York die Nachhaltigkeitsziele 2016-2030 verabschiedet. Es handelt sich um 17 Ziele (Sustainable Development Goals), die in 169 Unterziele ausdifferenziert sind. Eine ausführliche Darstellung findet sich in (Vereinte Nationen, 2015). Die SDGs folgen den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) für den Zeitraum 2000-2015 nach. Diese wurden trotz verschiedener Fortschritte nicht erreicht, ein typisches Bild (FAW/n, 2016a; Radermacher F.J., Beyers B., 2011, Radermacher F.J., 2015). In Bezug auf die Überwindung von Hunger und Armut wurde durch den Wohlbau in China der größte Beitrag zur Umsetzung der MDGs geleistet.

Sieht man den Kern der Nachhaltigkeitsthematik in der Kombination aus nachholender Entwicklung der ärmeren Länder und weltweitem Umwelt- und Klimaschutz, wurden wesentliche Ziele nicht erreicht (Töpfer, 2001). Grund ist vor allem die völlig unzureichende Bereitschaft der reichen Länder, sich adäquat zu engagieren. Vielleicht liegt hier der Grund, dass alle Staaten mit den SDGs eine neue Logik verabredet haben. Alle Staaten haben gemäß der neuen Lesart der weltweiten Probleme je eigene Nachhaltigkeitsdefizite. Alle müssen daran arbeiten, diese zu überwinden. Natürlich müssen sie auch gemeinsam an den weltweiten Themen arbeiten. De facto haben aber Politik und große Teile der Zivilgesellschaft der reichen Länder den Diskurs vor Ort in ihrem Sinne gesteuert (Radermacher F.J., 2018a): Konzentration auf Defizite zu Hause, gerade auch in den reichen Ländern – oft mit Vorbild-Argumenten garniert. Also nicht mehr Hilfe in Afrika bei der Überwindung der dortigen Armut oder zur Bewirkung von Veränderungen bezüglich Reproduktion, sondern Energiewende in Deutschland, Einführung von Elektroautos, Thematisierung der Nitratbelastung der Felder, Diskussion des Gülleüberschusses in einigen Bundesländern und der schlechteren Honorierung von Frauen im Beruf im Verhältnis zu Männern, unzureichende Förderung von Kindern aus ärmeren Familien etc. Oder

noch anders: nicht mehr Fair Trade, sondern Bio aus regionalem Anbau. Dass so die weltweiten Probleme nicht gelöst werden können, liegt auf der Hand, wird aber insbesondere mit dem Vorbildargument zur Seite geschoben (vgl. auch Kapitel IV). Es ist in diesem Kontext erfreulich, dass in Deutschland der Rat für Nachhaltige Entwicklung mittlerweile gegen diesen Trend argumentiert (RNE, 2018).

Wo liegen die größten Probleme mit der Agenda 2030? Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) verfügen die Staaten der Welt seit September 2015 erstmals in ihrer Geschichte über eine gemeinsame Agenda, mit der eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll. Diese Agenda stellt den vorerst letzten Schritt eines mittlerweile mehr als 40 Jahren andauernden politischen Bestrebens dar, zwei große Ziele der Menschheit, nämlich „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ und „wirtschaftliche Entwicklung für alle Menschen“ gleichzeitig zu realisieren. Was die Agenda nicht leistet, ist die Finanzierung der erforderlichen nachholenden Entwicklungsfortschritte in den ärmeren Ländern und korrespondierend dazu die erforderlichen Maßnahmen im Umwelt- und Klimabereich. Und die weltweit etablierten Handels- und Finanzstrukturen befördern in vielen Aspekten eher die Interessen der reichen Länder und gewisser Eliten der ärmeren Länder als die Interessen der großen Mehrheit der Menschen auf dieser Welt (Müller, G., 2017; Radermacher F.J., Beyers B., 2011).

Wie gelingt bei einem Thema wie Nachhaltigkeit eine Konzentration auf nationale Fragen? Hier muss ein geeignetes Framing durchgesetzt werden. In diesem Rahmen ver selbstständig sich der Nachhaltigkeitsbegriff. Aus einem internationalen Thema wird ein nationales. Man spricht plötzlich von einem nachhaltigen Deutschland, einem nachhaltigen Baden-Württemberg, nachhaltigem Konsum, nachhaltiger Touristik etc. - begrifflich eigentlich Unsinn. Aber so kann Verantwortung individualisiert werden und so werden

bestimmte Akteure direkt adressierbar, z. B. Fluglinien, die Automobilindustrie oder die Stromproduktion auf Basis von Kohle.

Das führt alles nicht zum Ziel, denn Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland Definition muss als Systemzustand verstanden werden, als anzustrebender Zustand der Welt. Nachhaltigkeit ist damit nicht individualisierbar, weder auf der Ebene einzelner Individuen, noch auf der Ebene einzelner Länder, es sei denn als Teil eines abgestimmten weltweiten Plans, der eine Aufteilung der erforderlichen Beiträge auf Untersysteme vornimmt und die Einhaltung der Anforderungen bei jedem beteiligten Akteur durchzusetzen in der Lage ist. Das heißt auch folgendes: Individuelle Beiträge sind wichtige, notwendige Elemente für einen auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Kurs, aber keine hinreichenden. Nachhaltigkeit ist letztlich ein Gesamtsystemzustand der Menschheit. In einer globalisierten, vernetzten Welt ist der Globus das zu betrachtende Gesamtsystem. Auf dieser Ebene sind die Umwelt-, Klima-, Armut- und Gerechtigkeitsfragen zu lösen.

Leider ist derzeit an vielen Stellen eine andere starke Tendenz zu beobachten, nämlich der Versuch, die Verantwortung für die Erreichung von Nachhaltigkeit in Form einer „buchhalterischen Abgrenzung“ bzw. „Verantwortungszuordnung“ einzelnen Akteuren zuzuweisen, was zugegebenermaßen die Operationalisierung des Themas vordergründig vereinfacht und die Identifikation von „Schuldigen“ erleichtert, in der Sache aber nicht adäquat ist. Anders ausgedrückt, die Welt operiert unter einem falschen Frame, einer falschen Problembeschreibung. Unter diesem Frame sind die Probleme nicht lösbar. Das gilt für Entwicklung wie für Umwelt und Klima.

Warum handeln Akteure so? Vielleicht aus (a) Unverständnis, oder (b) weil das Problem so handhabbarer wird, wenn auch ohne Erfolgsaussicht auf Lösung oder (c) weil sie damit eigene Interessen verfolgen. In der heutigen Sicht sind dann die einzelnen Staaten, Länder, Kommunen, Firmen, Individuen gefordert, für Nachhaltigkeit zu sorgen. Und man

kann versuchen, diese jeweils einzeln gezielt und öffentlich unter Druck zu setzen – ein beliebtes Betätigungsfeld von Nichtregierungsorganisationen und Teilen der Politik. Staaten entwickeln dann ihre Strategien, mit denen die Agenda 2030 national umgesetzt werden soll. Es werden regionale Klimaschutzziele formuliert, die fast schon planwirtschaftlich internationale Ziele auf einzelne Sektoren der Ökonomie und auf einzelne Länder und Regionen herunterbrechen. Manche Individuen üben sich in Suffizienz und ziehen sich aus der Konsumwelt zurück. Viele engagierte Studierende setzen bei sich selbst und ihrem persönlichen Lebensstil an. Aber alles das wird nicht zum Ziel führen. Es erinnert an den Menschen, der Nachts im Lichte einer Straßenlaterne nach seiner Brille sucht und der dann auf die Frage, ob er denn die Brille an dieser Stelle verloren hat, antwortet: „Nein, das nicht, aber hier sehe ich wenigstens etwas“.

Bei Individualisierung, wie sie heute üblich ist, fehlt der systemische Ansatz. Also z.B. der Umgang mit der Tatsache, dass Arme nachvollziehbar eine Hoffnung oder sogar Erwartung auf mehr Wohlstand haben, dass in der Erfüllung dieser Ansprüche die größten Herausforderungen liegen, dass wiederum auch viele Menschen in den reichen Ländern mehr konsumieren wollen und nicht weniger, dass es rechtlich geschützte Freiheiten auf nationaler und internationaler Ebene gibt, diese Vorstellungen verfolgen zu dürfen. Wenn hier jemand einspart, findet sich ein anderer, der umso mehr verbraucht. Wenn Geld an einer Stelle nicht ausgegeben wird, wird es später eben an anderer Stelle ausgegeben, oft von einem anderen, z. B. einem Kreditnehmer einer Bank, bei dem nicht in Konsum umgesetztes Geld angespart wird. Individuelle Ansätze lösen deshalb das Problem nicht. Es muss eine weltweite Einigung erzielt werden. Letztlich müssen alle Unternehmen, Regionen und Menschen die Nachhaltigkeitserfordernisse auf ihren Kontext herunterbrechen, obwohl das heutige System einen solchen Weg gerade nicht positiv befördert. Das Falsche ist heute oft billig, das Richtige ist oft teuer. Falsche Anreize sind heute der Auslöser

für falsches Verhalten vieler. Daher besitzt nur ein systemischer Ansatz eine realistische Chance für Nachhaltigkeit (FAW/n, 2016a), (FAW/n, 2016b).

Das bedeutet dann Folgendes: Man kann in der Argumentation nicht so tun, als hätten alle Menschen, alle Staaten oder alle Regionen der Welt Anspruch auf einen pro Kopf gleichen Umweltraum, etwa über die Formulierung, ab 2050 dürfen wir alle pro Kopf nur noch 1 Tonne CO₂ emittieren. Eine Tonne pro Kopf ist allenfalls ein Durchschnittswert mit hoher Variation der mittleren Werte zwischen Staaten und hoher Variation der individuellen Werte innerhalb von Staaten, wobei Personen mit hohen Emissionen für ihre höheren Emissionspotentiale entsprechend zahlen sollten (Internalisierung). Setzt man pro Kopf gleiche Emissionen über politische Maßnahmen durch, würde das die Verhältnisse in Bezug auf die unterschiedliche Ressourcenausstattung von Staaten oder die – in unserer Gesellschaftsordnung bzw. unserem Wirtschaftsmodell fundamentale – Differenzierung bei Einkommen, Vermögen, wirtschaftlichem Erfolg etc. völlig konterkarieren. Ein solcher Ansatz würde letztlich den „Kommunismus durch die Hintertür“ hervorbringen. Weil ein solcher Weg den unbedingt notwendigen Innovationsmotor drosseln würde, ist er zudem in sich nicht erfolgsversprechend, ganz abgesehen davon, dass er auch nicht mehrheitsfähig ist – schon gar nicht international. Er steht im Konflikt mit bestehenden internationalen Verträgen, die zudem nicht einseitig aufgekündigt werden können, z.B. auf der WTO-Ebene.

Es bestehen an dieser Stelle übrigens interessante Bezüge zu den beiden Wirtschaftsnobelpreisen aus 2018 an Paul Romer und William Nordhans. Auf Basis des Solow-Wachstums-Modells diskutiert William Nordhans die Notwendigkeit, die Klimaeffekte in das ökonomische System zu internalisieren, damit die Preise die Wahrheit sagen und vermeintliche Wertschöpfung zu Lasten anderer oder zu Lasten der Natur (Externalisierung)

weitgehend verhindert wird. Paul Romer diskutiert demgegenüber die Rolle von Innovationen für die Steigerung des Wohlstands von potentiell allen Menschen sowie die Frage, wie die Politik und die Wirtschaft die Wahrscheinlichkeit erhöhen können, dass nützliche Innovationen hervorgebracht und durchgesetzt werden.

Zentrale Fragen sind heute, wie man einerseits Externalisierungen verhindert, andererseits die Innovationen (z. B. ein neues Energiesystem) hervorbringen kann, die auch ohne Externalisierungen den heutigen Wohlstand noch massiv auszuweiten erlauben, um Milliarden weiterer Menschen in Richtung Wohlstand nach vorne zu bringen. Leider ist das alles extrem schwierig. Der Earth Overshoot Day fällt seit Jahren auf ein immer früheres Datum im Jahr.² CO₂-Emissionen müssten z. B. deutlich teurer werden. Bisher gelingt aber keine weltweite Verständigung über den Preis. Und da es der Atmosphäre egal ist, wo das CO₂ entsteht, ergibt sich ein „Gefangenendilemma“, das eng mit der sogenannten „Tragödie der Allmende“ verbunden ist. Deshalb kommen wir an dieser Stelle bisher nicht weiter (Radermacher F.J., 2016).

Nachhaltigkeit wird in diesem Kontext nicht ohne massive Querfinanzierung erreicht werden können. Aus systemischen Gründen muss – unter klar vereinbarten Regeln – viel Geld von den reichen zu den armen Ländern fließen, wenn letztere auf ihren vielleicht wichtigsten Wettbewerbsvorteil, nämlich das Unterlaufen der Standards der reichen Welt – gerade auch im Bereich Nachhaltigkeit – verzichten sollen. Vom Ansatz her erinnert dies an einen Mechanismus wie den Länderfinanzausgleich in Deutschland oder den im Klimabereich verabredeten Klimafinanzausgleich (Müller G., 2017). In diesem Kontext sind ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Transfer von den Industrieländern zu Entwicklungs-

² Der Earth Overshoot Day ist der Tag, ab dem der Verbrauch natürlicher Ressourcen die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt (vgl. Global Footprint Network). Dabei spielen CO₂-Emissionen eine wichtige Rolle. Würden diese nicht berücksichtigt, wäre der ökologische Fußabdruck der Menschheit wesentlich geringer.

und Schwellenländern im Gespräch. Erinnerung sei auch an das (erfolgreiche) Montrealer Protokoll zum Schutz des Ozonschirms der Welt, dem eine ähnliche Logik zugrunde liegt (UNEP, 2009; UNEP, 2018; Frey A., 2008).

Insgesamt gilt: Ohne eine erheblich vermehrte Querfinanzierung ist Nachhaltigkeit und die Umsetzung der SDGs nicht möglich (FAW/n, 2016a). Das heißt, es wird sich grundsätzlich kein Ansatz finden lassen, diese unbedingte Notwendigkeit zu umgehen, auch nicht durch mehr Druck der NGOs und der Politik auf Unternehmen in der Menschenrechtsthematik, wie das aktuell in den nationalen Aktionsplänen für Menschenrechte im Kontext von UN- und EU-Aktivitäten versucht wird (DIMR, 2016; Weller M.-P. et al., 2016). Eine finale Frage ist immer die, ob es für Kinder in armen Ländern besser ist, unter sklavenartigen Bedingungen zu arbeiten oder alternativ zu verhungern. Bei diesen Optionen schicken die Eltern sie lieber in sklavenartige Arbeitsverhältnisse. Ein Schulbesuch wäre natürlich die wesentlich bessere Alternative, dann aber müssten die reichen Länder diesen mitfinanzieren.

Deshalb sollte auf internationaler Ebene gemäß dem Prinzip „Standards gegen Querfinanzierung“ operiert werden. Die Einhaltung vereinbarter entwicklungsstandabhängiger Standards sollte die Voraussetzung für deutlich erhöhte Finanzströme in Richtung der Entwicklungs- und Schwellenländer sein (vgl. hierzu Kap. V). Sonst bleibt es beim heutigen Zustand, mit schlimmen Folgen für die Menschen und die Umwelt in vielen Ländern und zum Vorteil von lokalen Eliten, die dies befördern, weil sie einen Lebensstandard wie die Eliten im Westen für sich reklamieren und unter Status quo Bedingungen in der Lage sind, sich die dazu nötigen Mittel zu beschaffen, auch zu Lasten der eigenen Bevölkerung.

Der Umfang der benötigten Gelder wird deutlich in der Formulierung „From Billions to Trillions“, die die Weltbank und der Internationale Währungsfond geprägt haben (World

Bank, 2015) und die zentral ist, wenn man die Problemlage richtig einschätzen will. Es wird letztlich darauf ankommen, (1) die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) massiv zu erhöhen und (2) diese klug einzusetzen und mit ihrer Hilfe weitere private Gelder zu mobilisieren und private Investitionen in Entwicklungsländern positiv zu befördern. Die OECD (OECD, 2016) spricht von einer Investitionssumme in Höhe von 3,3 – 4,5 Billionen US Dollar, die jährlich zur Umsetzung der SDGs benötigt wird (OECD, 2016). Derartige Summen sind einerseits nur bei deutlicher Ausweitung der Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit/ODA-Mittel (etwa ähnlich dem Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg) und andererseits nur unter Aktivierung noch viel höherer privater Mittel aufzubringen.

In den Analysen (FAW/n, 2016a) wird, ebenso wie in (Club of Rome, Senat der Wirtschaft, 2016) in Form historischer Vergleiche deutlich, um welche Größenordnungen es geht, wenn Durchbrüche zu Wohlstand überall auf der Welt das Ziel sind. Hinweise geben der Marshall Plan nach dem 2. Weltkrieg, die Strukturfonds der EU, oder auch aktuelle Flüchtlingskosten in Deutschland vor Ort und die Bewältigung der Weltfinanzkrise 2008/2009. Das alles bewegt sich um Größenordnungen jenseits der heutigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Mittel), obwohl in einem Kontinent wie Afrika die Ausgangssituation viel schlechter ist als sie es in den genannten historischen Beispielen war und auch die Anzahl der betroffenen Menschen viel größer ist (Club of Rome, Senat der Wirtschaft, 2016).

Bis heute ist es nicht gelungen, die seit Jahrzehnten versprochenen 0,7% des BNE (Bruttonationaleinkommen) der Geberländer als ODA-Mittel bereitzustellen. Aktuell werden etwa 150 Milliarden USD pro Jahr aufgebracht, das ist etwa die Hälfte des angestrebten Wertes. Bezüglich der SDGs beläuft sich die finanzielle Ambitionsücke auf 800 – 1.500 Mrd. Euro pro Jahr. Die OECD schätzt, wie erwähnt, die benötigten Investitionssummen

zur Umsetzung der SDGs auf 3,3 – 4,5 Billionen US Dollar pro Jahr (OECD, 2016). Hier muss der Privatsektor entscheidend aktiviert werden (vgl. erneut Kap. V).

Höhere Transfers in Verbindung mit besseren Standards gemäß der Logik, dass die Preise die Wahrheit sagen müssten, zielen auf grünes und inklusives Wachstum als Schlüssel für die Umsetzung von Nachhaltigkeit. Es ist nach der Finanzkrise Konsens aller internationalen Organisationen, dass Märkte in sozialer und ökologischer Hinsicht adäquat reguliert sein müssen (sog. green and inclusive markets), wenn eine gute Zukunft das Ziel ist (Radermacher F.J., Beyers B., 2011). Marktfundamentalisten sehen dies anders, sie haben aber mittlerweile ihre Dominanz in der politischen Debatte, wenn auch nicht in der lebenspraktischen Realität – was die internationale Handelspolitik anbelangt -, verloren. Dort verändert jetzt allerdings Präsident Trump mit seiner Politik des „America first“ die Verhältnisse und hat z. B. in der Neufassung des Nafta-Vertrags relativ hohe Mindestlöhne für mexikanische Arbeiter in bestimmten Branchen durchgesetzt.

In der Folge der Weltfinanzkrise ist ebenso einiges passiert. So kämpft z.B. die OECD gegen „tax base erosion“ und Strategien wie Umdeklarationen von Verhältnissen und rechtlichen Gegebenheiten durch Unternehmen und Organisationen, und will so zu einer grün und sozial ausgerichteten Politik beitragen. Dies gilt auch für die regelmäßigen Hinweise der OECD oder auch des IWF zur Bedeutung eines ausreichenden Niveaus von sozialer Balance für gesellschaftlichen Wohlstand. Natürlich zielen auch grüne und inklusive Märkte auf Wachstum, jedoch nur insoweit, als die Umwelt und das Klimasystem geschützt werden und der Wohlstand allen Menschen zufließt. Wirtschaftliches Wachstum ist ein ‚Muss‘, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist. Besonders interessant ist in diesem Kontext SDG 8. Es gesteht den Entwicklungs- und Schwellenländern ein BIP-Wachstum von mindestens 7 % pro Jahr zu, um sich in Richtung Nachhaltigkeit zu bewegen.

Es klingt zunächst paradox, dass Nachhaltigkeit in sozialer und in ökologischer Dimension nur über massives wirtschaftliches Wachstum erreicht werden kann: Die bisherige historische Erkenntnis ist, dass Wachstum und Ressourcenverbrauch hoch korrelierte Größen sind. Der Club of Rome übersetzt dies in seine Forderung nach einem „Total Decoupling“.

Nachhaltigkeit und insbesondere wirtschaftliche Entwicklung wird dennoch auch aus Sicht des Autors nicht ohne massives wirtschaftliches Wachstum und eine stringent an Nachhaltigkeit orientierte Politik erreichbar sein. Dies ist wohl auch die einzige realistische Chance, bis zum Jahr 2050 eine Stabilisierung der Weltbevölkerung auf dem Niveau von 10 Milliarden Menschen zu erreichen. Wird die Armut nicht überwunden, droht bis zum Jahr 2100 ein Anwachsen der Weltbevölkerung auf 12 Milliarden.

Für die rasch größer werdende Weltbevölkerung werden – vor allem mit Blick auf Milliarden vergleichsweise armer bzw. sehr armer Menschen – immer mehr Güter und Dienstleistungen benötigt, wenn diese großen und immer größeren Bevölkerungen auch nur in bescheidenem Wohlstand leben sollen. Wie ein wichtiges neues Buch von Chandran Nair (Nair C.,2018), Mitglied im Executive Committee des Club of Rome, zeigt, kann das in der Tat nur ein bescheidener Wohlstand sein, nicht der Lebensstandard der heute reichen Welt, und setzt zur Durchsetzung eines solchen Programms einen starken Staat voraus, der im Interesse der großen Mehrheit seiner Menschen agiert und dabei auch den internationalen Konzernen klare Grenzen setzt. Chinas Wirken für seine Bevölkerung wird dabei gewürdigt.

3. Warum ist die Umsetzung der SDGs so schwierig?

Die SDGs beschreiben in der Hauptsache völlig legitime Ziele an Lebensstandard und Lebensqualität für alle Menschen, besonders für die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Hier ist schon in einer Pro-Kopf-Betrachtung ein erheblicher materieller Zuwachs erforderlich, der sich in SDG 8 in der Quantifizierung von mindestens 7 % BIP-Wachstum als „Anspruch“ ausdrückt. Gleichzeitig wächst die Weltbevölkerung sehr rasch weiter, ein Sprung von 6 auf 7,5 Milliarden seit dem Jahr 2000, ein praktisch nicht mehr zu verhindernder Sprung auf 10 Milliarden bis 2050, wobei die ganz großen Zuwächse auf dem indischen Subkontinent und in Afrika zu erwarten sind. In Afrika wird sich bis 2050 die Bevölkerung von heute 1,2 Milliarden auf dann 2,4 Milliarden Menschen verdoppeln. Zum Ende des Jahrhunderts könnten es dort über 4 Milliarden Menschen sein. Mehr Wohlstand ist der beste Weg, ein Wachstum über 2,4 Milliarden hinaus zu verhindern. Dies wird aber einen erheblichen zusätzlichen Ressourcenverbrauch erfordern und zudem die Klimagasemissionen massiv steigern. Damit sind Probleme bei den Umwelt-SDGs praktisch nicht zu vermeiden. Aus all dem speist sich eine große Skepsis bzgl. der Umsetzbarkeit der SDGs, wie sie in (FAW/n 2016a) zum Ausdruck kommt. Zweifel und Fragen werden auch im Club of Rome im Kontext von Publikationen zum 50. Geburtstag des Clubs in 2018 formuliert (Randers J et al., 2018; Weizsäcker E.U., Wijkman A., 2017).

Besonders offensichtlich werden die Probleme im Klimabereich. Hier sind die Herausforderungen besonders hoch. Hierzu wird auf den aktuellen Bericht des Weltklimarats (IPCC, 2018) und den Climate Emergency Report des Club of Rome (Dixson-Declève S. et al., 2018), beides aus 2018, verwiesen. In dem aktuellen Buch des Autors zu Energie und Klimafragen (Radermacher F.J., 2018b) und ebenso in (Helm D., 2017) wird zunächst klar, dass die Klimafrage in der heutigen Welt nicht primär als Umweltthema zu sehen ist. Es geht dabei vielmehr mindestens so sehr um wirtschaftliche, finanzielle, so-

ziale und kulturelle Fragen, um Macht und Reichtum, um Wirtschaftsleistung und Finanzstärke, um Jobs und soziale Themen, um Fragen der Ernährung und Wasserversorgung, um Völkerwanderungen und letztlich auch um die Stellung von Staaten und ganzen Regionen in der Welt im Verhältnis zueinander, unter Umständen auch um eine Frage von Krieg und Frieden. Geopolitik (Marshall T., 2015) ist ein zentraler Faktor, etwa in der Politik der USA, die mittlerweile zum größten Ölproduzenten der Welt aufgestiegen sind, aber ebenso in den korrespondierenden Aktivitäten auf russischer und chinesischer Seite.

In den Arbeiten des Autors wurden in Folge der Paradigmenänderungen bei den globalen Klimaverhandlungen anlässlich der Konferenz in Kopenhagen in 2009 abgeleitet, dass es einen stringenten Weltklimavertrag zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels nicht geben wird (Radermacher F.J., 2014). Es wurde eine Lücke für ein adäquates Verhandlungsergebnis unter dem neuen freiwilligen Regime ab Kopenhagen von etwa 500 Milliarden Tonnen CO₂ bis 2050 erwartet. So ist es auch gekommen – die Paris-Lücke. Sie wird mit der folgenden Abbildung 1 beschrieben.

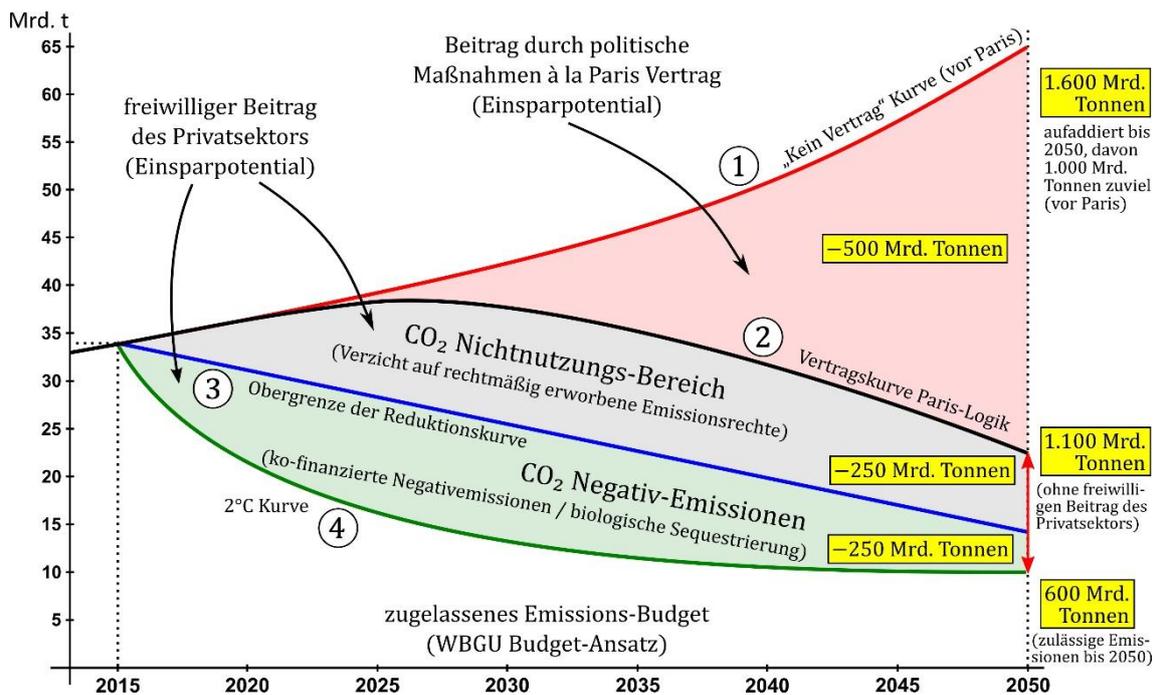
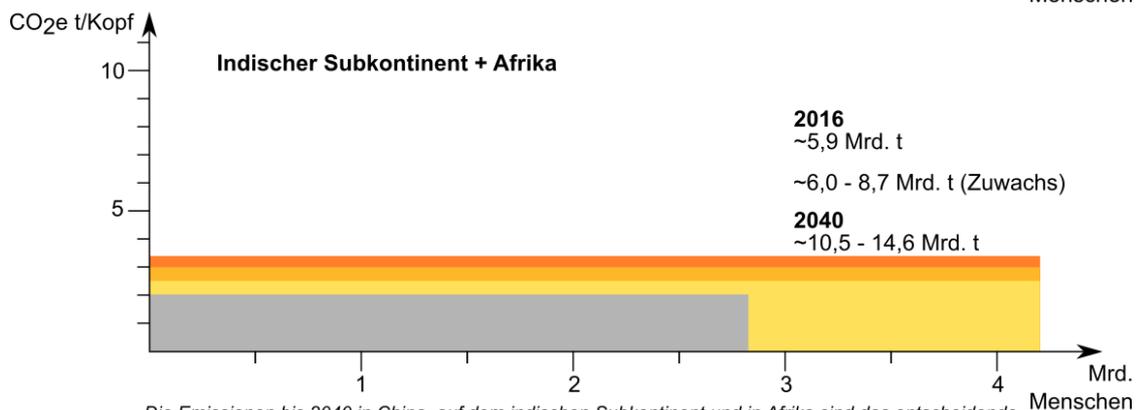
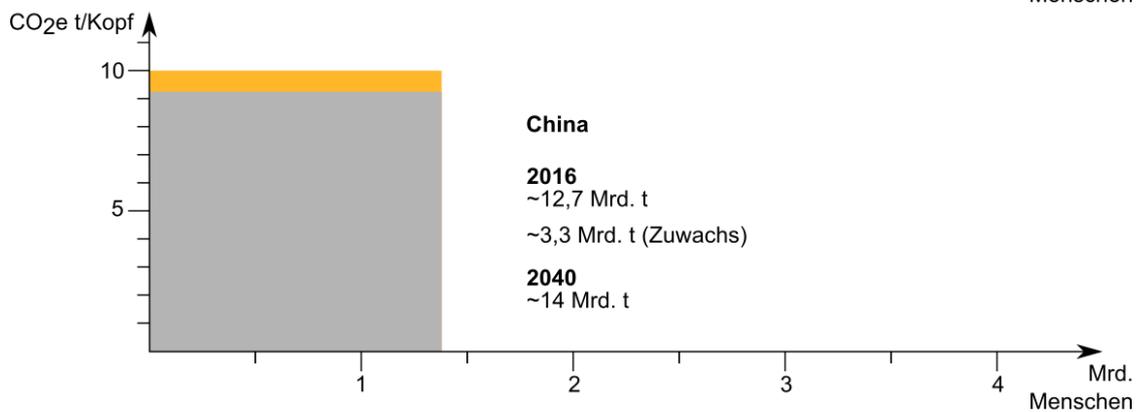
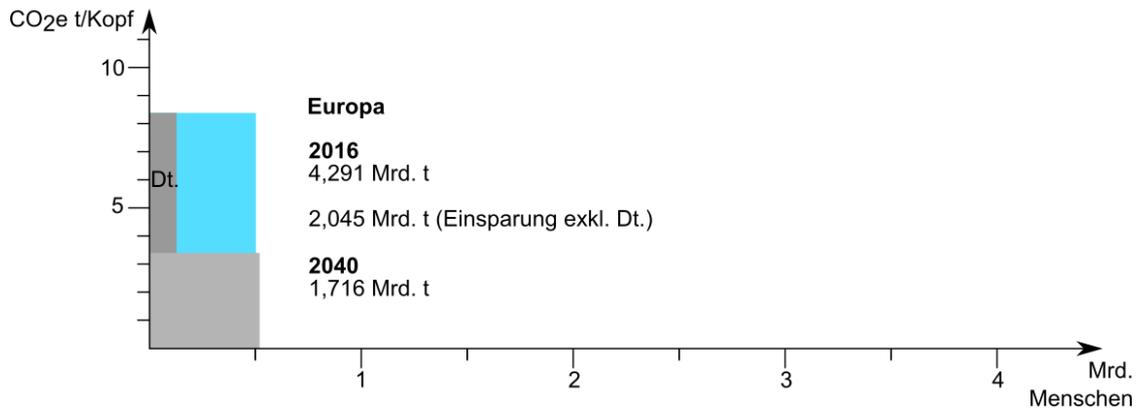
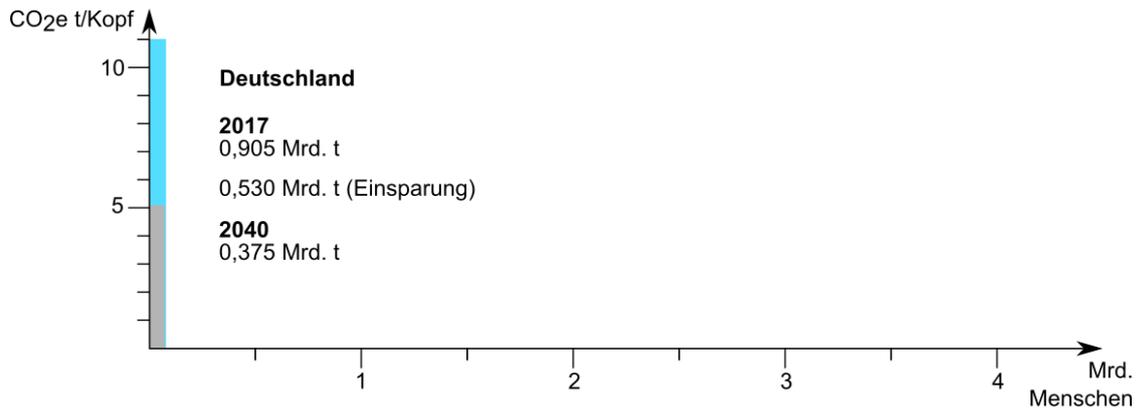


Abb. 1: Reduktionspfade in der Logik des Paris-Abkommens – geplante/erforderliche Beiträge des staatlichen Sektors und nicht-staatlicher Akteure)

Zur Überwindung der Lücke werden geschätzt etwa 500 Milliarden Euro pro Jahr an verlorenen Finanzausschüssen benötigt (vgl. Kapitel V). Dabei gilt es vor allem, massive Finanzflüsse von Nord nach Süd in Gang zu setzen, um die weiteren Wachstumsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern möglichst klimaneutral zu gestalten. Es macht im Verhältnis dazu wenig Sinn, in Europa viel Geld für vergleichsweise sehr kleine Klimaeffekte auszugeben. Vielmehr muss man mit dem verfügbaren Geld gerade in Indien und Afrika große Effekte erzielen. Mit Negativemissionen (z. B. Aufforstung und Humusbildung) muss dabei der Atmosphäre massiv CO₂ entzogen werden. Mit synthetischen Kraftstoffen, z. B. Methanol auf Basis von Solarstrom aus der Sahara (DESERTEC 2.0) muss eine Alternative, auch für uns in Europa, zu den sehr teuren energetischen Sanierungen von Häusern und einem Voll-Umstieg auf Elektromobilität gefunden werden (Offermanns et al., 2017; IPCC, 2018).

Die folgende Grafik (Abbildung) zeigt, was passiert, wenn der beschriebene Weg nicht gelingt.



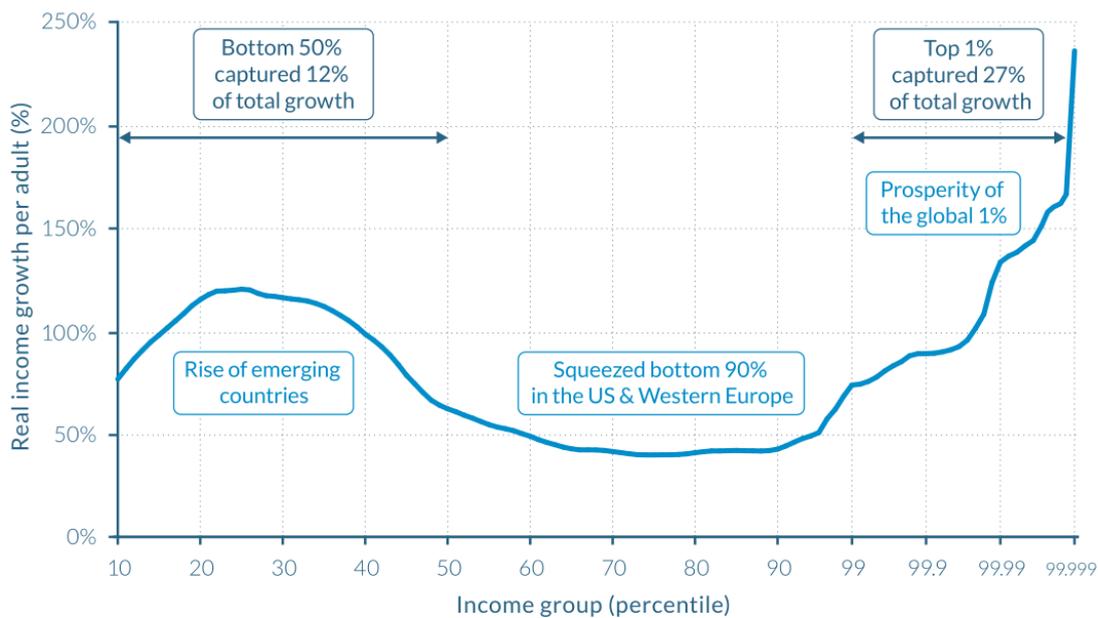
Die Emissionen bis 2040 in China, auf dem indischen Subkontinent und in Afrika sind das entscheidende Thema. Natürlich sind sie mit Unsicherheit behaftet. Sie hängen stark von den politischen Maßnahmen und der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Für den indischen Subkontinent (Indien, Pakistan, Bangladesch) + Afrika sind drei Szenarien für Zuwächse gezeigt. In jedem Fall ist aber der absehbare Zuwachs gewaltig. Hier muss gehandelt werden.

Abb. 2: Pro-Kopf-CO₂e-Emissionen aktuell und erwartet (2040), Bevölkerungsentwicklungen und mögliche Einsparungen (blau) bzw. erwartbare Zuwächse (gelb/orange)

Das Hauptproblem ist der zusätzliche CO₂-Ausstoß auf dem indischen Subkontinent und in Afrika bis 2040, wenn man sich dort von etwa 1 Tonne CO₂ pro Kopf bei etwa drei Milliarden Menschen auf 3,5 Tonnen CO₂ pro Kopf bei dann etwa 4,2 Milliarden Menschen bewegen sollte. Der Zuwachs liegt bei etwa 10 Milliarden Tonnen, fast so hoch wie die heutigen chinesischen Emissionen, die ihrerseits bereits größer sind als die Emissionen der USA, Europas und Japans zusammen. Mit 7,5 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr hat China bereits Europa mit 6,8 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr überholt. Und die chinesischen Emissionen wachsen weiter. In den Klimaverhandlungen zählt sich China zu den Entwicklungsländern und legt Wert darauf, seine CO₂-Emissionen noch bis 2030 steigern zu dürfen. China hat 2017 100 mal soviel Beton verbaut wie Deutschland, von 2011-2013 mehr verbaut als die USA im ganzen letzten Jahrhundert. Der chinesische Weg zu Wohlstand ist nicht klimaverträglich replizierbar, weder auf dem indischen Subkontinent noch in Afrika (Radermacher F.J., 2018b).

Dabei ist auch klar, dass China die größten Leistungen bezüglich der MDGs erbracht hat. China hat hunderte Millionen Menschen aus der Armut geholt. Wie oben beschrieben, ist es eben schwer, für Milliarden Menschen die Armut zu überwinden, ohne Umwelt und Klima massiv zu belasten. Und auch die sozialen Effekte sind gewaltig, wenn in China hunderte Millionen Menschen in eine arbeitsteilige Weltökonomie integriert werden, um sich bei zunächst sehr niedrigen Löhnen in Richtung von mehr Wohlstand zu arbeiten. Die sogenannte Elephant Curve of Global Inequality and Growth, 1980-2016 (Alvaredo F. et al., 2017) zeigt dies sehr deutlich.

The elephant curve of global inequality and growth, 1980–2016



Source: WID.world (2017). See wir2018.wid.world for more details.

Abb. 3: Weltweites prozentuales Wachstum des Gesamteinkommens 1980-2016

In der „Elephant Curve“ werden Veränderungen der Einkommen nach Höhe der Einkommen gezeigt. Sichtbar wird Stagnation in einem großen Armutssegment, massiver Wohlstandszuwachs in Richtung Mittelstand bei hunderten Millionen Menschen aus armen Ländern (insbesondere Chinas Arbeiter), Stagnation oder gar Rückschritt bei dem Segment der unteren Mittelschicht in der reichen Welt (z. B. Industriearbeiter in alten Industrien in den USA) und massive Zugewinne bei Eliten überall, insbesondere auch in der reichen Welt. Überspitzt gesagt verliert der Industriearbeiter in den USA, im Gegenzug dazu gewinnen Industriearbeiter in China, Vietnam und Indien. Die reiche Elite gewinnt immer und überall und immer mehr (Piketty T., 2014), der „Bodensatz“ bleibt, wo er ist. Solche brutalen, nie ausverhandelten und international nicht mit Ausgleichszahlungen verbundenen Umverteilungsprozesse sind mit Nachhaltigkeit nicht kompatibel. US-Politik unter Trump, der Brexit, Re-Nationalisierung und Populismus in Europa lassen grüßen. Vernünftige Politik wird schwierig. Egoismen werden stärker, da betroffene Bürger sich einreden lassen, bei Rückzug auf nationale Lösungen werde alles besser, werde alles

wieder so, wie es früher war. Das ist natürlich nur eine Illusion, aber eine Illusion mit großen politischen Effekten. Kurz zusammengefasst: Der Weg hin zu Nachhaltigkeit wird in jedem Fall schwer.

Ein letzter Hinweis zum Thema: Zum Festakt des Club of Rome im Oktober 2018 erschien als neuer Bericht an den Club of Rome der Report (Randers J. et al., 2018). Er fragt nach den Umsetzungschancen für die SDGs. Er kommt zunächst zu dem Ergebnis, dass das Ziel der Umsetzung der SDGs 2030 nicht erreichbar ist. Diskutiert wird dann Zielerreichung bis 2050.

Die Autoren untersuchen zunächst die drei Strategien "Same" (weiter wie bisher), "Faster" (mit hoher Dynamik für mehr Wachstum sorgen) und "Harder" (sich mehr anstrengen ohne höhere Bezahlung) und kommen zu dem Schluss, dass das – selbst bei dem betrachteten Umsetzungszeitraum bis 2050 – nicht helfen würde. Sie verwenden ein vergleichsweise einfaches Systems Dynamics Model, um die genannte, aus Sicht des Autors richtige Position zu untermauern. Sie entwickeln dann einen vierten Ansatz, den sie "Smarter" nennen. Die Logik hinter diesem Ansatz erscheint - teilweise - auch im aktuellen Report des Club of Rome zum Thema Climate Emergency (Dixson-Declève S. et al., 2018). Sie kommunizieren, dass sie mit diesem intelligenten Ansatz einen robusten Weg gefunden haben, um die SDGs bis 2050 unter Einhaltung von 9 planetarischen Grenzen zu erreichen. Fünf Elemente eines robusten Pfades sind in ihrem Text angegeben. Allerdings werfen die gemachten Aussagen aus Sicht des Autors Fragen auf, denn die fünf vorgeschlagenen Elemente werden exogen zu ihrem Modell hinzugefügt, sind also nicht tief in das Modell inkorporiert. Es handelt sich daher eher um sinnvolle Ideen, Hoffnungen und Behauptungen („wishful thinking“), nicht um harte Fakten. Exemplarisch erwähnt seien drei Punkte.

1) Energie: Beschleunigtes Wachstum bei erneuerbaren Energien

Die Autoren schlagen vor, den Anteil der erneuerbaren Energien alle 10 Jahre zu verdoppeln. Das ist jedoch völlig unrealistisch. Die Internationale Energieagentur (IEA), eine Organisation der OECD, vertritt einen ganz anderen Standpunkt (IEA, 2017; IEA, 2018), vgl. auch (Radermacher F.J., 2018b). Im Jahr 2040 wird der Verbrauch an fossilen Brennstoffen höher sein als heute. Die hohen Mengen an fossilen Brennstoffen im Jahr 2040 sind unter anderem auf die geostrategische Politik der USA zurückzuführen, die heute der weltweit größte Ölproduzent ist. Shell-Gas und Shell-Öl haben das „Spiel“ im Energiebereich völlig verändert. Es wird nicht mehr vom "Peak Oil" gesprochen, der vor 15 Jahren noch ein ganz wichtiges Thema war. Am anderen Ende der Kohlenstoffthematik steht Russland, das eine Armee für die Arktis aufgebaut hat, denn Russland betrachtet die Arktis als seine strategische Energiebasis für die Zukunft. Indien und China erweitern ihren Kohleeinsatz. Indien argumentiert, dass es jedes Recht auf einen viel höheren Anteil an den globalen Emissionen hat. Der indische Stromsektor ist dabei stark unterfinanziert. Die dort aktiven Unternehmen gehören häufig entweder der staatlichen Seite oder werden mit Krediten des Staates am Leben erhalten. Ein Verschwinden dieser Unternehmen vom Markt würde ein massives finanzielles Risiko für den indischen Staat darstellen.

2) Sozialer Ausgleich

Zum Thema soziale Balance fordern die Autoren, dass der Einkommensanteil der 10 % höchsten Einkommen substantiell begrenzt wird. Die Forderung nach einer klugen Begrenzung der Einkommensanteile von Hochverdienergruppen (deren Einkommen oft aus Renditen auf sehr hohen Eigentumstiteln resultieren) wird inzwischen von OECD, IWF und WB unterstützt. Aus (Radermacher F.J., Herlyn E., 2018) lässt sich entnehmen, dass 40 % der Gesamteinkommen die Obergrenze für den Anteil der 20 % höchsten Einkommen sein sollte. Dies entspricht im Wesentlichen GINI-Werten zwischen 0,25 und 0,35. In (Randers J. et al., 2018) werden weniger strikte Zahlen diskutiert. Im Text ist zudem

nicht ausgeführt, wie Obergrenzen für Einkommensanteile der am besten verdienenden Gruppen politisch durchgesetzt werden könnten.

3) Bevölkerungswachstum

Die Autoren hoffen, dass die Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Menschen begrenzt werden kann. Sie plädieren für mehr Investitionen in Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheit, Familienplanung. Das alles sind wichtige Aspekte. Aber nichts davon ist neu. Die Welt spricht seit Jahrzehnten davon, aber das Wachstum der Weltbevölkerung geht trotzdem in hohem Tempo weiter. Es gibt keine Hinweise oder Beweise dafür, wie die Bevölkerungsexplosion gestoppt werden kann. Aus Sicht des Autors besteht eine große Wahrscheinlichkeit für 12 Milliarden Menschen am Ende dieses Jahrhunderts. Benötigte finanzielle Ressourcen für die Änderung des gegenwärtigen Weges sind nicht verfügbar. Die Vorbehalte gegen Familienplanung sind hoch. Die UN-Position ist hart und vermeidet die Frage der Familienplanung völlig. Bestenfalls wird über "Reproduktive Gesundheit" oder "Gesundheit von Mutter und Kind" gesprochen.

Zwischenfazit: Die gleichzeitige Umsetzung der sozialen und ökologischen Anliegen der SDGs bei gleichzeitig weiter hohem Bevölkerungswachstum wird offensichtlich extrem schwierig. Zielerreichung bis 2030 ist wohl ausgeschlossen. Vielleicht ist 2050 möglich. Aber auch das verlangt ganz andere Ansätze. Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer muss weitgehend klimaneutral erfolgen. Negativ-Emissionen müssen eine große Rolle spielen. Riesige Finanzvolumina von Nord nach Süd müssen in diesem Kontext bewegt werden, teilweise als verlorene Zuschüsse. Das setzt neue Akteure voraus und sollte über Synergien die Kosten zur Erreichung der Klimaziele, z. B. in Europa, massiv absenken, um deutlich höhere Transfers politisch zu ermöglichen. Mit dem Marshall Plan für Afrika und mit der Allianz für Entwicklung und Klima werden Wege beschrieben, wie das vielleicht gelingen kann,

4. Ein Marshall Plan mit Afrika

Die bisherigen Ausführungen sollten klargemacht haben, wie groß die Herausforderungen bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung sind und wie schwer es werden wird, die SDGs umzusetzen, selbst wenn der Umsetzungszeitraum bis 2050 ausgedehnt wird. Unbedingt erforderlich ist ein viel größeres Engagement der reichen Staaten in der Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Über Handel, Finanzen und geschickte Doppelbesteuerungsabkommen bedient sich die reiche Welt bisher in Afrika, statt dort im großen Stil zu investieren (Hearson M., 2018). Das muss sich ändern. Hier setzt der Marshall Plan mit Afrika an.

Der Marshall Plan mit Afrika ist einerseits das Ergebnis einer Analyse, vorgelegt vom Senat der Wirtschaft, dem Club of Rome und dem FAW/n (Club of Rome, Senat der Wirtschaft, 2016), andererseits eine damit verbundene, eigenständige Politiklinie des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (BMZ, 2017). Der Marshall Plan mit Afrika reagiert auf die oben beschriebene Lage und konzentriert sich auf Afrika, das bezüglich Bevölkerungsentwicklung die bei weitem höchste Dynamik besitzt, besonders schwierige Verhältnisse aufweist und für Europa eine ganz besondere Bedeutung besitzt – als Chance wie als Risiko.

Zielsetzung des Marshall Plans ist eine „Wohlstandsexplosion“ in Afrika, insbesondere in Nordafrika. Diese Wohlstandsexplosion soll mit allen Nachhaltigkeitsanforderungen kompatibel gestaltet werden, also grün und inklusiv sein, und damit den Beweis liefern, dass unser Wohlstandsmodell „liefern“ kann, auch in Bezug auf die Agenda 2030. Der Bericht zielt auf einen kooperativen Ansatz, stellt die Zusammenarbeit mit Afrika in den Vordergrund und bezieht sich auf eine langfristige Vision der Afrikanischen Union bis 2063 (African Union Commission, 2015).

Afrika kann für wirtschaftliche Entwicklung nicht ein so überzeugendes homogenes Umfeld bieten wie China. Es ist ja auch kein Staat mit Milliardenbevölkerung, es sind 55 Staaten. Aber auch Afrika hat glücklicherweise den einen oder anderen Joker, der eingebracht werden kann. Im Besonderen hat Afrika einerseits viel Platz, eine wunderbare Natur, viele Bodenschätze und andererseits ein gigantisches Potenzial für erneuerbare Energien in der Sahara und in anderen Wüsten, um sich massiv entwickeln zu können. Das sollte genutzt werden.

Gemäß der Addis Abeba Formel aus 2016 „From Billions to Trillions“ (World Bank and IMF, 2015) müssen die eingesetzten Mittel deutlich verstärkt werden. Letztlich kann nur der Privatsektor die großen erforderlichen Investitionen „stemmen“. Die öffentliche Seite in Afrika muss insbesondere ihre Steuereinnahmen erheblich erhöhen, um das Nötige von ihrer Seite tun zu können. Aber auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit muss sehr viel mehr passieren. Die Mittel müssen klug eingesetzt werden mit Partnerstaaten, mit denen man sich auf ein gemeinsames Programm verständigen kann. Beispielsweise sollten Fortschritte im Bereich Governance gewürdigt werden, vor allem auch die Bereitschaft, ein Country-to-country Reporting der Steuerleistungen international operierender Konzerne durchzusetzen, um Transparenz über Steuereinnahmen sicherzustellen, die ihrerseits höhere Staatseinnahmen zur Folge haben würde, die dann ihrerseits die Leistungsfähigkeit der afrikanischen Staaten zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung massiv steigern würden. Im Gegenzug soll insbesondere in den Aufbau von Sozialsystemen investiert werden.

Auf der Gegenseite stehen erhebliche Investitionen in Industrie und Infrastruktur sowie in die Landwirtschaft an. Hier müssen letztlich die Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, die unbedingt erforderlich sind, wenn die SDGs in Afrika umgesetzt werden sollen. Der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler spricht von unbedingt erforderlichen

20 Millionen neuen Arbeitsplätzen pro Jahr für die nächsten 30 Jahre (Köhler, 2016). Ganz wichtig ist dabei die Umwelt- und Klimaverträglichkeit der erweiterten Ressourcennutzung, Holz muss zukünftig eine zentrale Rolle spielen, insbesondere auch als Baustoff, Aufforstung muss ein wesentlicher Beitrag sein, auch um der Atmosphäre CO₂ zu entziehen. Für Afrika entwickelt der Autor mit dem FAW/n in Ulm und weiteren Partnern sogenannte Leuchtturmprojekte für Afrika, die unten noch genauer beschrieben werden. Sie betreffen aktuell vier Schwerpunktbereiche:

(1) Eine Humus-betonte Landwirtschaft, auch auf semi-ariden Flächen unter Nutzung von Bio-Kohle auf hunderten Millionen Hektar Böden.

(2) Aufforsten auf degradierten Böden in den Tropen potentiell auf einigen hundert Millionen Hektar in Afrika.

(Hinweis: Humusbildung und Aufforstung binden massiv CO₂ (etwa 10 Tonnen pro Hektar und Jahr), sogenannte Negativ-Emissionen. Beide Ansätze erlauben zugleich eine hohe Wertschöpfung im Land und schaffen viele Arbeitsplätze.)

(3) Ein weiteres Thema bilden synthetische Kraftstoffe auf Basis von Wasserstoff und Methanol und zwar unter Nutzung der in Afrika fast unbegrenzt verfügbaren Sonnenenergie, insbesondere in der Sahara und der arabischen Wüste.

(4) Leuchtturmprojekte zu Bevölkerungsfragen, etwa die Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Initiativen im Bereich Information und Verhütung, Stärkung der Rolle der Frauen, qualitative hochwertige Ausbildung von Mädchen.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft empfehlen der Bundesregierung und Europa im Rahmen des Marshall Plan mit Afrika, mit einer starken Initiative gegen die verbreitete Stimmung der Hoffnungslosigkeit angesichts der globalen Herausforderungen anzugehen und dabei folgende Ziele zu verfolgen:

- ✓ Zusammenhalt Europas und Sicherung seiner Zukunft
- ✓ Erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030, insbesondere in Afrika – dort, wo in weltweiter Betrachtung die Probleme am größten sind
- ✓ Lösen der Bevölkerungsfrage in Afrika und Aufzeigen eines Weges in den Wohlstand für den Kontinent
- ✓ Beiträge zur Flüchtlingsfrage weltweit und insbesondere in Europa
- ✓ Beweisen, dass eine green and inclusive economy „liefern“ kann in dem Sinne, dass sie eine Umsetzung der Agenda 2030 zumindest voranbringen kann
- ✓ Verhinderung von Zwangsbewirtschaftung und Ressourcen-Planwirtschaft
- ✓ Gleichzeitige Verwirklichung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz, sozialem Ausgleich und höherem materiellen Wohlstand für alle
- ✓ Schaffung von mehr sozialer Balance statt Radikalisierung, Nationalismus und Rückbau von Demokratie
- ✓ Bereitstellung wertschaffender Anlagemöglichkeiten für Kapital
- ✓ Beförderung realökonomischer Innovationen und Investitionen
- ✓ Initiierung von grünem und inklusivem Wachstum

5. Ein Marshall Plan als Instrument zur Umsetzung der SDGs?

Der Vorschlag für einen Marshall Plan strebt ganz neue Dimensionen der Zusammenarbeit zwischen den entwickelten Ländern und den weniger entwickelten Ländern an, exemplarisch am Beispiel Europa und Afrika. Die Argumentation ist letztlich die, dass unter den bestehenden politischen Bedingungen am ehesten noch ein Weg in Richtung

Wohlstand die größten Chancen eröffnet, eine Explosion der Bevölkerung in Afrika zu verhindern. Das wiederum ist auch mit Blick auf den Klimawandel eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Europa und die reiche Welt nicht irgendwann von der Migrationsfrage völlig erstickt werden. Allerdings ist auch klar, dass in dem bisherigen Wirtschaftsmodell deutlich mehr Wohlstand für Afrika und beispielsweise auch für Indien bedeutet, dass wir in Bezug auf Ressourcennutzung, Klimaprobleme usw. völlig aus dem Ruder laufen können. Hier braucht man neue Lösungen. Das wurde oben dargestellt.

Warum ist die Lage so schwierig? Das zeigt das Beispiel China. Wie oben bereits erwähnt, hat China mit Blick auf die MDGs im Zeitraum 2000 bis 2015 die größten Beiträge zur Überwindung der Armut auf der Welt geleistet. China hat aber auch seinen Ressourcenverbrauch und seine CO₂-Emissionen exorbitant gesteigert. China hat heute höhere Pro-Kopf Emissionen als Europa und insgesamt höhere CO₂-Emissionen als die USA, Europa und Japan zusammen. Dieses Entwicklungsmodell ist nicht replizierbar, wenn eine Klimakatastrophe verhindert werden soll (vgl. Abb. 1). Insofern braucht die Welt andere Lösungen, z.B. für die weitere Entwicklung von Indien und Afrika. Der Marshall Plan mit Afrika versucht am Beispiel Afrikas zu zeigen, wo solche liegen. Im Kern muss es immer darum gehen, den erforderlichen Wohlstandsaufbau so umzusetzen, dass gleichzeitig der Naturschutz gefördert und der Atmosphäre CO₂ entzogen wird, statt mehr CO₂ in die Atmosphäre zu entlassen. Benötigt werden also massive Wertschöpfungsmöglichkeiten, die auf der Klimaseite positiv wirken. Unter den vielen Optionen, die im Marshall Plan auf der Wertschöpfungsebene verfolgt werden, sind insbesondere die folgenden drei, oben bereits kurz gestreiften Themen, von Bedeutung:

a) Landwirtschaft in semi-ariden Gebieten

Angedacht ist aktuell ein „Leuchtturmprojekt“ in der Halbwüste im Norden von Afrika auf einer Fläche von mindestens 30.000 ha. Dabei geht es vor allem um die Umkehrung

der Wüstenbildung in den letzten Jahrzehnten, der in Afrika jährlich etwa 8 Millionen Hektar Boden zum Opfer fallen. Eine wichtige Dimension des Projekts ist eine starke Konzentration auf Humusaufbau und die Nutzung von Bio-Kohle. Auf diese Weise können der Atmosphäre mindestens 10 Tonnen CO₂ pro Hektar und Jahr entzogen werden. Angestrebt ist außerdem ein auskömmlicher Arbeitsplatz pro 2 ha, eine Qualifikation der jeweiligen Mitarbeiter an modernem Equipment, auch auf der IT-Seite, und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität vor Ort um mindestens den Faktor 5. Hinzu sollten Gärten zur eigenen Nutzung für alle Beschäftigte kommen. Die in diesem Fall vor Ort (reichlich) vorhandenen Grundwasserressourcen sollen klug eingesetzt werden. Entsalzung erfolgt unter Nutzung erneuerbarer Energie und sollte sich an den Erfahrungen in Israel orientieren (Sigel S., 2017). Das Projekt soll Investoren gute Chancen auf Rendite bieten. Das BMZ soll bei praktischen zwischenstaatlichen Problemen helfen. Außerdem wäre ein Forschungszentrum zum Thema hilfreich, um die spätere Hochskalierung vorzubereiten.

b) Aufforstung auf degradierten Böden in den Tropen

Aufforstung ist eine unserer besten Chancen, um das Klimaziel von Paris vielleicht doch noch zu erreichen (Finkbeiner F., 2011; Finkbeiner F. & Plant-for-the-Planet, 2019). Ein Leuchtturmprojekt zum Thema ist in Westafrika geplant. Es soll in Zusammenarbeit mit erfahrenen Entwicklern vor Ort durchgeführt werden. Ein laufendes Projekt soll dazu vor Ort um etwa 30.000 Hektar erweitert werden und Regenwald-Naturschutzgebiete umfassen. Es gibt einen starken Fokus auf Agroforest-Technologien, Fleischproduktion mit kleineren Tierarten, Aufbau einer Kühlkette, Kooperation mit der Tourismusbranche im Land, Ausbildung, Förderung von Biodiversität und Wasserhaushalt, u.a. mittels Regenauffangbecken. Erneuerbare Energien sind teilweise schon heute integriert und sollen

ausgebaut werden. Zudem gibt es einen starken Fokus auf CO₂-Bindung (nach einigen Jahren). Hierzu soll u.a. Holzkohle in die Erde eingebracht werden.

Eine weitere wichtige Dimension des Projekts ist die Wertschöpfungskette Holz. Holz muss in Zukunft in Afrika (ebenso wie in Indien und schließlich weltweit) eine entscheidende Ressource für materielle Wertschöpfung, insbesondere auch im Bereich Gebäude werden. Die Organisation dieser Wertschöpfungskette bietet viele berufliche Möglichkeiten und Arbeitsplätze. Auch hier spielen erneuerbare Energien und moderne IT-Technologien eine große Rolle. Auch hier sollte eine wissenschaftliche Begleitung eine zentrale Rolle spielen.

c) Synthetische Kraftstoffe

Synthetische Kraftstoffe werden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klima- und Energieprobleme, auch in Europa, leisten müssen. Dies zeigt auch die neueste Studie des Weltenergieates zum Thema (WEC 2018). Denn der zur Zeit in Europa, insbesondere in Deutschland verfolgte Weg (energetische Sanierung aller Gebäude, flächendeckender Übergang zu Elektroautos, schneller Ausstieg aus der Kohle bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie) wird das Problem nicht lösen und sehr viel Wohlstand vernichten. Dies deshalb, weil Strom aus erneuerbaren Quellen alleine schon wegen der aufwendigen Produktion wie der Volatilität nur einen Teil der Probleme lösen kann. Sonst müssten massive Überkapazitäten für alle Fälle vorgehalten werden. Die Kosten für Strom steigen in Deutschland laufend, während wir beim Klimathema nicht weiterkommen (Radermacher F.J., 2018b). Es drohen große politische Verwerfungen und noch mehr Populismus, wenn der Ärger weiter wächst, weil große Teile der Bevölkerung die teils planwirtschaftlichen Lösungsansätze nicht akzeptieren, wenn sie zu spürbaren Wohlstandseinbußen führen sollten und im Klimabereich kaum Wirkung zeigen. Die Gelbwestenbewegung in Frankreich hat deutlich gemacht, wie schlecht die Stimmung mittlerweile ist.

Worum geht es? Es müssen nicht alle Häuser energetisch saniert werden und nicht alle Autos müssen in Zukunft Elektroautos sein. Ein solches Szenario wäre, ganz im Gegenteil, ein Drama für Deutschland und Europa. Die Alternative sind klimaneutrale synthetische Kraftstoffe, z. B. aus Nordafrika. Dies schließt an DESERTEC 2.0 an, vermeidet aber die Strom-Fixierung. Der Strom-Ansatz wurde von zwei Seiten ausgehebelt: Erstens durch das deutsche Erneuerbare Energien-Gesetz, das erneuerbaren Strom aus Afrika massiv benachteiligt, zweitens durch den Widerstand vor Ort gegen den Bau großer Stromtrassen.

Sehr oft werden synthetische Kraftstoffe Erdöl und Erdgas ersetzen können. Wir können dann weiter in unseren Häusern leben, Diesel- und Benzinfahrzeuge nutzen und unsere Heizungen weiter einsetzen – weil alles klimaneutral ist. Die Firma Avia bietet heute schon (über Kompensationslösungen) klimaneutrales Heizöl ohne Mehrkosten an. Synthetische Kraftstoffe bieten auch neue Ansätze zur Erfüllung der Flottenwerte bei Automobilen, wenn die Politik endlich die Regulierung an dieser Stelle anpackt, also so verringerte CO₂-Emissionen auf Flottenwerte angerechnet werden dürfen. Leider geht es an dieser Stelle bisher kaum weiter. Viele wollen den vorgeschlagenen Weg verhindern, z. B. weil sie schon aus ideologischen Gründen den Automobilsektor unter Druck setzen wollen. Außerdem gefährden synthetische Kraftstoffe, vor allem solche aus dem Sonnengürtel der Welt, viele rein national ausgelegte Geschäftsmodelle im Bereich der erneuerbaren Energien. Der Autor hält eine diametral andere Politik für erforderlich. Wir sollten die Importkosten in diesem Bereich weiter tragen, Afrika und andere Schwellenländer sollten auf diesem Weg dringend benötigte Einnahmen erzielen können. Deutschland ist Exportweltmeister und hat ohnehin ein Problem mit der Welt wegen seines hohen Zahlungsbilanzüberschusses. Deshalb ist an dieser Stelle internationale Arbeitsteilung der bessere Weg.

Als Ansatz wird die Produktion von Wasserstoff/Methanol aus Wasser durch Elektrolyse unter Nutzung erneuerbarer Energie (z. B. aus der Sahara) verfolgt. Hier könnte man sich einem laufenden, vom Bundeswirtschaftsministerium finanzierten Projekt anschließen. Dieses hat bereits als späteren Schritt eine Afrikaoption vorgesehen. Wesentliche Ergebnisse des laufenden deutschen Projekts werden Ende 2019 erwartet. Ende 2020 könnte der Startschuss für eine große Methanol-Produktionsstätte in Nordafrika und/oder Südafrika fallen. Südafrika, aber auch indische Standorte, sind in diesem Kontext wegen der großen Kohlekraftwerke interessant. Das CO₂ aus Kohlekraftwerken könnte in die Methanolproduktion eingebunden werden. Hier werden Finanzierungsfragen eine große Rolle spielen. Auch in diesem Fall sollte eine wissenschaftliche Begleitung sichergestellt werden. Die deutsche Seite wird gefordert sein, kann aber auch sehr von einem derartigen Ansatz profitieren. Internationale Industriepartner haben Interesse signalisiert.

d) Bevölkerungsfrage

Nigeria ist ein Hotspot bzgl. Bevölkerungswachstum in Afrika. Es ist heute schon das bevölkerungsreichste Land Afrikas (190 Millionen), mit einer Wachstumsrate im Bevölkerungsbereich von 2,7 %. Für 2050 wird eine Bevölkerung von 410 Millionen erwartet. Hinter Indien und China wird Nigeria dann bzgl. Bevölkerung das drittgrößte Land der Erde sein. Die politische Situation in Nigeria ist schwierig. Das Land ist teils christlich, teils muslimisch geprägt. In Teilen des Landes gibt es militärische Konflikte. Dabei geht es vor allem um Einnahmen aus der boomenden Ölindustrie.

Die Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD) ist seit mehr als 20 Jahren in Nigeria aktiv. Die Aktivitäten konzentrieren sich bisher auf 8 der 36 Staaten des Landes. Die Aktivitäten haben die volle Unterstützung der jeweiligen Landesregierungen gefunden und wurden offiziell in das jeweilige Gesundheitssystem übernommen.

Die vor Ort verfolgten Projekte zielen sämtlich auf die Senkung der Säuglingssterblichkeit und die Verringerung von Krankheit und Todesfällen von Müttern. Das passiert wesentlich über die vorhandene Krankenhausinfrastruktur – auch auf dem Land. Medizinische Leistungen werden mit breiter Aufklärung und – soweit gewünscht – Zugang zu Verhütungsmöglichkeiten verknüpft.

Alleinstellungsmerkmale sind eine hochwertige medizinische Strategie, die auf deutschen Erfahrungen aufbaut und mit nigerianischen Partnern an nigerianische Verhältnisse angepasst wurde. Der Ansatz fällt in die sogenannte Evidence based medicine. Auf Basis einer in Teilen selbst weiterentwickelten Software werden Erfolge und Misserfolge rigoros dokumentiert und einer statistischen Analyse zugänglich gemacht. Informationen werden über 4 Aggregationsebenen aufbereitet. Im Sinne von Benchmarks sind Performance-Vergleiche auf allen Ebenen möglich. Sie beinhalten auch ein Konkurrenzelement im Vergleich mit dem Nachbarn. Dies entfaltet eine große motivationale Kraft.

Nach dem bisherigen Roll-out auf 8 nigerianische Bundesländer ergibt sich jetzt die Chance eines definitiven großen abschließenden Schrittes. Der nigerianische Staat hat Rotary eingeladen, die bisherige Lösung auf das ganze Land, also alle Bundesstaaten, auszudehnen. Die Lösung wird in das nationale Gesundheitssystem übernommen. Die verschiedenen Bundesländer haben zugestimmt, die operative Unterstützung der rotarischen Seite wie der deutschen Bundesregierung wird erbeten.

Der Marshall Plan ist insofern ein Ansatz, der bis 2030 die Umsetzung der SDGs befördern kann - wenn nicht vollständig, so doch in Teilen. Er muss dabei insbesondere das Kunststück leisten, den erforderlichen höheren Wohlstand mit mehr Umweltschutz und vor allem Klimaschutz, letzteres u. a. durch massive Erzeugung von Negativ-Emissionen, zu verbinden. Natürlich bleibt die Frage, ob sich das so umsetzen lässt und insbesondere,

ob die Renditepotentiale groß genug sind, um genügend Kapital und auch verlorene Zuschüsse in diesen Bereich zu lenken. Ob das gelingen kann, wird im letzten Kapitel diskutiert. Es behandelt im Wesentlichen um die vom FAW/n mitentwickelte „Allianz für Entwicklung und Klima“ des BMZ, die im November 2018 bei einer Bundespressekonferenz in Berlin erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

6. Die Allianz für Entwicklung und Klima

Die Allianz für Entwicklung und Klima ist aus Sicht des Autors eine entscheidende Initiative im Bereich Klima, SDGs, Entwicklung und Bevölkerungsfrage. Es könnte ein „Game Changer“, ein Quantensprung in eine andere Welt werden. Die Allianz ist wesentlich an Ideen aus (Radermacher F.J., 2018b) orientiert. Im Zentrum steht ein Paradigmenwechsel – ein neuer Frame. Der Politik wird für den Paris-Vertrag und die SDGs gedankt. Viel mehr wird von der Politik nicht erwartet, viel mehr kann sie auch nicht leisten, im Gegenteil. Es wird schwierig werden, auch nur die bisherigen Zugänge (NDGs) umzusetzen. Mobilisiert werden soll stattdessen das Wohlstandssegment der Welt – in armen wie in reichen Ländern. Das sind die sogenannten Top-Emitter mit hunderten Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr. Das sind tendenziell auch die Personen mit dem größten Einfluss auf die Zukunft der Welt, nämlich über ihre Vermögen, Firmen, Sitzgemeinden, Logistikketten, jährliche Einkommen etc. Die Top-Emitter haben auch am meisten zu verlieren, wenn es zu einer Klimakatastrophe kommen sollte. Das betrifft viele Vermögenswerte, die bei einer Klimakatastrophe, bei Völkerwanderungen, beim Schließen der Grenzen zerstört werden könnten (stranded assets) und massive Beschränkungen im Lebensstil im Katastrophenfall. Die 10 % Wohlhabendsten auf der Welt stehen für etwa 50 % der Weltklimagasemissionen (Chancel L., Piketty T., 2015).

Was ist die Logik der Allianz?

Mit den heutigen – freiwilligen, jederzeit widerrufbaren und teilweise an Geldzuflüsse konditionierten - Verpflichtungen der Staaten zur Treibhausgasminderung werden die Ziele des Übereinkommens von Paris nicht erreicht werden können. Wenn nichts dazu kommt, wird dies in eine Welt mit einem Temperaturanstieg von 3 bis 4°C führen. Damit drohen dramatische Auswirkungen und Rückschritte für die Entwicklungsperspektiven von Menschen in vielen zurückliegenden Ländern und zugleich große Gefahren für den Wohlstand in der reichen Welt. Viele Menschen im globalen Süden leiden schon heute unter dem Klimawandel. An den Kapitalmärkten werden sie heute schon für Klimarisiken bestraft. Sie brauchen deshalb viel mehr Unterstützung, einerseits um nachhaltige Entwicklungspfade einschlagen zu können und andererseits, um sich gegen die Folgen des Klimawandels zu wappnen. Wesentliche Beiträge aus den reichen Ländern sind erforderlich, wenn der Wohlaufbau in ärmeren Ländern dank Einsatz neuer Technologien weitgehend klimaneutral erfolgen soll.

Vor diesem Hintergrund müssen Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen weltweit einen wichtigen Beitrag leisten, um den Temperaturanstieg zu begrenzen und gleichzeitig in Form von Co-Benefits eine mit Nachhaltigkeit verträgliche Entwicklung überall zu fördern. Privat finanzierte, qualitativ hochwertige Kompensationsprojekte können dabei die staatlichen Anstrengungen der Entwicklungsfinanzierung wirkungsvoll ergänzen, vielleicht an Umfang und Wirksamkeit irgendwann sogar übertreffen.

Entwicklung und Klima müssen dabei konsequent zusammengedacht werden, um eine lebenswerte Welt für heutige und zukünftige Generationen zu bewahren. Die Allianz für Entwicklung und Klima setzt an dieser Stelle an mit der Mobilisierung zusätzlicher Beiträge für Entwicklung und Klimaschutz.

Worum es geht

Mit freiwilligen Beiträgen des Privatsektors sollen die finanziellen Mittel für die beiden großen Herausforderungen der Zukunft – Klimawandel und nachhaltige Entwicklung – vervielfacht werden. Gemeinsam mit kompensierenden Unternehmen und Institutionen, Kompensationsanbietern, Zertifizierern und der Zivilgesellschaft soll dieses zusätzliche Engagement für Entwicklung und Klima aus der heutigen Nischensituation herausgeholt werden, bekannter gemacht werden und zur Nachahmung vorgeschlagen werden. Dabei soll über die nächsten 10 Jahre das heutige Volumen von etwa 6 Millionen Tonnen Kompensationsvolumen pro Jahr auf mindestens 100 Millionen Tonnen anwachsen. In den Jahren danach noch viel stärker.

Die Beiträge der Bündnispartner sind freiwillig und zusätzlich. Sie finanzieren qualitativ hochwertige Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern, die

- ✓ Treibhausgase vermeiden, reduzieren oder binden und so zur Verbesserung der Weltklimabilanz beitragen, z. B. über umfangreiche Aufforstprojekte und Humuserzeugung in der Landwirtschaft
- ✓ zugleich wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern befördern (Co-Benefits) und damit zur Stabilisierung der Weltbevölkerung beitragen, und
- ✓ all diese Wirkungen mit hohen und unabhängig geprüften Standards nachweisen.

Das BMZ geht mit gutem Beispiel voran und wird sich bis 2020 klimaneutral stellen.

Erreicht werden sollen:

- Kompensation von Emissionen, die über die Verpflichtungen von Paris hinausgeht, politisch anerkennen

- den freiwilligen Emissionshandelsmarkt massiv ausweiten
- institutionelle und politische Rahmenbedingungen für Kompensation verbessern
- erfolgte Kompensationsmaßnahmen erfassen und kommunizieren
- Finanzmittel für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und damit zur Umsetzung der Agenda 2030 mobilisieren
- die Mitglieder der Allianz bei ihren Anstrengungen zur Förderung von Klimaschutz und Entwicklung vorwettbewerblich beraten und politisch unterstützen
- Erfahrungen austauschen und Know-how bündeln und verbreiten
- die verschiedenen Akteure enger verknüpfen und die Initiative internationalisieren

Viele der Top-Emitter, viele Firmen, viele weitere Akteure gehen das Thema heute schon an (Radermacher F.J., 2018). Das passiert über gesetzliche Vorgaben hinaus, um die drohenden Zukunftsgefahren abzuwenden. Ein Königsweg ist die Kompensation der eigenen CO₂-Emissionen durch werthaltige Projekte in Nicht-Industrieländer. Dabei geht es mindestens so sehr um Co-Benefits für alle SDGs wie um Klimaeffekte. Das können Firmen tun, aber auch Organisationen, Veranstalter von Events, natürlich auch Privatpersonen und – außerhalb der staatlichen Vorgaben – auch Bundesländer und wohlhabende Kommunen. Das Bundesland Hessen plant hier Klimaneutralität bis 2030 (Hölscher L., Radermacher F.J., 2012; Worms M.J., Radermacher F.J., 2018). In diesem Umfeld wird dann unterschieden zwischen einerseits Projekt-Ownern, die entsprechende Projekte in Nicht-Industrieländern realisieren und andererseits Kompensatoren, die hochwertige Zertifikate stilllegen, die in derartigen Projekten entstehen. Die Kompensatoren leisten verlorene finanzielle Zuschüsse an die Projekte. Sie haben eine besondere Hebelwirkung und sorgen häufig erst für die Wirtschaftlichkeit der entsprechenden Projekte und damit für deren Realisierung (Additionalität).

In diesem Umfeld baut sich ein großes Potential auf, umso mehr als klar wird, dass immer mehr dieser Projekte enorme Co-Benefits für praktisch alle SDGs beitragen, typischerweise etwa bei Aufforstung, nämlich Effekte wie die Verbesserung von Biodiversität und Wasserhaushalt aber auch Infrastrukturaufbau, Ernährungssituation, Arbeitsplätze, Ausbildung und damit indirekt auch Fortschritte in der Bevölkerungsfrage. Die Koppelung der Ziele von Paris mit den vielen SDGs eröffnet vielfältige individuelle Optionen. So lassen sich Klimaaktivitäten koppeln mit Maßnahmen zur Förderung von Frauen, zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung oder auch zur Ausbildung von Kindern und zur Finanzierung von z. B. Vogelschutz oder Schutz von Mangrovenwäldern, die sowohl für das Klima wie zur Stabilisierung von Küstenbereichen eine zentrale Bedeutung besitzen.

In dem Umfang, wie Projekt-Owner und Kompensatoren bereit sind, in solche Themen zu investieren, fördern sie die Umsetzung der SDGs. Sie agieren damit auch im Zentrum des Marshall Plan-Gedankens. Es ist sehr schön, dass Minister Müller und das BMZ mit ihrem Bündnis „Entwicklung und Klima“ genau in diese Richtung gehen. Dieses Bündnis ist ein „Mitmach“-Bündnis. Es motiviert einerseits die Menschen und es nimmt andererseits Menschen, die kompensieren, in Schutz vor „dummen“ – bzw. zumindest wenig reflektierten – Anfeindungen vom Typ „Ablasshandel“, „Freikauf“, „Greenwashing“.

Hier wird ein großer Hebel sichtbar, hier könnten über diese Wirkmechanismen die Hoffnungen auf einen wirkungsvollen Marshall Plan mit Afrika mit den großen Anforderungen im Bereich der SDGs zusammenfinden, z. B. über Projekte von dem beschriebenen Leuchtturmtyp, die allesamt auch Projekte sind für hochwertige CO₂-Zertifikate in Nicht-Industrielländern, mit hohem Bezug zu Co-Benefits.

7. Schlussbemerkung

Investitionen für bessere Lebensperspektiven der in Afrika lebenden Menschen sind nicht nur massiv kosteneffektiver als der Einsatz sozialstaatlicher Mittel in Deutschland für Flüchtlinge aus Afrika - alles, was den Menschen einen Anreiz bietet, ihre Zukunft im eigenen Land zu gestalten, respektiert auch in viel höherem Maße die Menschenwürde der Betroffenen. Investitionen des Privatsektors in diesem Bereich, wie von der Allianz für Entwicklung und Klima befördert, können ein neues Kapitel eröffnen. Sie könnten massive zusätzliche Geldflüsse freisetzen und darüber hinaus „Kümmerer“ mobilisieren. Das steigert den Wert der eingesetzten Mittel erheblich. Bis 2050 sind so vielleicht die SDGs auf einem bescheidenen Niveau umsetzbar. Vielleicht stabilisiert sich auch die Weltbevölkerung bei 10 Milliarden Menschen.

Literaturverzeichnis

African Union Commission (2015): Agenda 2063 - The Africa we want, September 2015, im Internet unter: https://au.int/sites/default/files/pages/3657-file-agenda2063_popular_version_en.pdf (Abruf am 09.11.2018)

Alvaredo, F.; Chancel, L.; Piketty, T.; Saez, E.; Zucman, G. (2017): The elephant curve of global inequality and growth, December 2017, im Internet unter: <https://eml.berkeley.edu/~saez/ACPSZ2018WIDWP.pdf> (Abruf am 10.12.2018)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2017): Afrika und Europa - Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshall-Plan mit Afrika. Berlin, Januar 2017

Chancel, L.; Piketty, T. (2015): Carbon and inequality: from Kyoto to Paris - Trends in the global inequality of carbon emission (1998-2013) & prospects for an equitable adaptation fund, Paris School of Economics, November 2015

Club of Rome, Senat der Wirtschaft (2016): Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall-Plan mit Afrika, Denkschrift für die deutsche Bundesregierung, November 2016

Deutsches Institut für Menschenrechte (2016): Stellungnahme zur Verabschiedung des deutschen Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte, im Internet unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/stellungnahme-zoegerliche-umsetzung/> (Abruf am 7.12.2018)

Dixson-Declève, S.; Dunlop, I.; Wijkman A. with support from Martin Hedberg & Till Kellerhoff (2018): The Club of Rome Climate Emergency Plan - A Collaborative Call for Climate Action, im Internet unter: https://www.clubofrome.org/wp-content/uploads/2018/11/Climate_Emergency_Plan_Final.pdf (Abruf am 30.11.2018), Nov. 2018

Finkbeiner F. (2011): „Jetzt retten wir Kinder die Welt: Baum für Baum“, Verlag FISCHER Taschenbuch, 7. Oktober 2011

Finkbeiner F. & Plant-for-the-Planet (2019): „Wunderpflanze gegen Klimakrise entdeckt: Der Baum!: Warum wir für unser Überleben pflanzen müssen!“, Komplett Media GmbH, 4. März 2019

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) (2016a): Studie für Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), „Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) / der Agenda 2030 – Anforderungen an Global Governance und Möglichkeiten der Umsetzung“, Autoren: E. Herlyn, F. J. Radermacher und E. U. von Weizsäcker, Ergebnisbericht 2016

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) (2016b): Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit – Möglichkeiten

und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll

Frey, A. (2008): „Zielerreichung internationaler Verträge – Das Konzept Weltvertrag“; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 2008

HDRO at the UNDP, 2018: “Human Development Indices and Indicators - 2018 Statistical Update”, Human Development Report Office (HDRO) at the United Nations Development Programme (UNDP), Editing and production: Communications Development Incorporated, Washington DC, USA, 2018, im Internet unter: http://hdr.undp.org/sites/default/files/2018_human_development_statistical_update.pdf (Abruf am 14.12.2018)

Hearson, M. (2018): "The European Union's tax treaties with developing countries: Leading by example?", Report for the European United Left/Nordic Green Left (GUE/NGL) in the European Parliament, September 2018, im Internet unter: <http://www.guengl.eu/uploads/publications-documents/LeadingByExample.pdf> (Abruf am 11.12.2018)

Helm, D. (2017): „Burn Out: The Endgame for Fossil Fuels“; Yale University Press, März 2017

Hölscher, L.; Radermacher F.J. (2012): Klimaneutralität - Hessen geht voran, Springer Vieweg/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Oktober 2012

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2018): Global Warming of 1.5°C - An IPCC Special Report on the Impacts of Global Warming of 1.5°C, im Internet unter: <https://ipcc.ch/report/sr15/> (Abruf am 30.11.2018), Oct. 2018

International Energy Agency (IEA) (2017): World Energy Outlook 2017, OECD Publishing Paris/IEA, Paris, 2017

International Energy Agency (IEA) (2018): Renewables 2018: Analysis and Forecasts to 2023, OECD/IEA, Printed in France by IEA, Paris, October 2018

Köhler, H. (2016): Rede von Bundespräsident a.D. Horst Köhler beim Afrika-Kongress der CDU/CSU-Fraktion: Für eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Afrika, Deutscher Bundestag, 16. März 2016

Land, Karl-Heinz (2018): „Erde 5.0: Die Zukunft provozieren“, Future Vision Press e.K., Köln, August 2018

Marshall, T (2015): „Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt“; dtv Verlagsgesellschaft, München, 4. Auflage, November 2015

Müller, G. (2017): „Unfair! Für eine gerechte Globalisierung“; Verlag Murmann Publishers GmbH, Juni 2017

Nair, C. (2018): „The Sustainable State: The Future of Government, Economy, and Society“; Verlag Berrett-Koehler Publishers, Oktober 2018

OECD (2016): Development Co-operation Report 2016: The Sustainable Development Goals as Business Opportunities, OECD Publishing, Paris

Offermanns, H.; Effenberger, F.; Keim, W.; Plass, L. (2017): Solarthermie und CO₂: Methanol aus der Wüste, erschienen in: Chemie - Ingenieur - Technik, Volume89, Issue3, Special Issue: Nanosafety, March, 2017, Pages 270-273

Piketty, T. (2014): „Capital in the Twenty-First Century“, Harvard University Press, 2014, im Internet unter:
<https://dowbor.org/blog/wp-content/uploads/2014/06/14Thomas-Piketty.pdf> (Abruf am 30.11.2018)

Radermacher, F.J. (2014): „Can we still comply with the maximum limit of CO₂? Approaches to a new climate contract“, CADMUS, Vol. 2, No. 3, October 2014, p. 152-161

Radermacher, F.J. (2015): „Globale Entwicklungsagenden, Nachhaltigkeit, Zukunft – Navigieren in schwierigem Gelände“, Beitrag im Sammelband Bruns, P. (Hrsg.): „Die Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Eine kritisch-rationale Reflexion über ihre Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik“, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Mai 2015

Radermacher, F.J. (2016): A Better Governance for a Better Future, in Journal of Futures Studies, 20(3): page 79–92, March 2016, im Internet unter: https://jfsdigital.org/wp-content/uploads/2016/11/01_Articles05_aBetter.pdf (Abruf am 10.12.2018)

Radermacher, F.J. (2018a): Die SDGs neu denken - Der nationale Fokus als Problem, FAW/n-Report, August 2018

Radermacher, F.J. (2018b): „Der Milliarden-Joker - Wie Deutschland und Europa den globalen Klimaschutz revolutionieren können“, Murmann Verlag, Hamburg, Okt. 2018

Radermacher, F. J., Beyers, B. (2011): Welt mit Zukunft – Die Ökosoziale Perspektive, Murmann Verlag, Hamburg 2011

Radermacher, F.J.; Herlyn E. (2018): “A 1-1-1 relationship for World Bank Income Data and the Gini”, Working Papers 473, ECINEQ, Society for the Study of Economic Inequality, 2018, im Internet unter: <http://www.ecineq.org/milano/WP/ECINEQ2018-473.pdf> (Abruf am 10. Dezember 2018)

Randers, J.; Rockström, J.; Stoknes, P.E.; Golüke, U.; Collste, D.; Cornell, S. (2018): „Transformation is feasible - How to achieve the Sustainable Development Goals within Planetary Boundaries“ (a report to the Club of Rome, for its 50 years anniversary), Stockholm Resilience Centre, Oct. 2018

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2018): Globale Nachhaltigkeit vor der Sackgasse bewahren, Stellungnahme zur Reform des HLPF, 24. August 2018, im Internet unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2018/09/Stellungnahme_RNE_zur-Reform_des_HLPF.pdf (Abruf am 10.12.2018)

Senat der Wirtschaft, Radermacher, F.J. (2017): Freiwillige Klimaneutralität des Privatsektors. Schlüssel zur Erreichung des 2°C-Ziels. Sonderausgabe deutsch/englisch, 2017

Sigel, Seth M. (2017): "Let there be Water", Griffin-Verlag, 25. April 2017

Töpfer, K. (2001): Globale Umweltpolitik im 21. Jahrhundert, eine Herausforderung für die Vereinten Nationen. in: Erfurter Dialog (Thüringer Staatskanzlei, ed.), 2001

UNEP (United Nations Environment Programme), Ozone Secretariat (2009): Handbook for the Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer (1985), Eighth Edition (2009); im Internet unter: https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/8717/VC_Handbook_2009.pdf (Abruf am 07.12.2018)

UNEP (United Nations Environment Programme), Ozone Secretariat (2018): Handbook for the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer, Twelfth edition (2018), im Internet unter: https://ozone.unep.org/sites/default/files/MP_handbook-english-2018.pdf (Abruf am 07.12.2018)

Vereinte Nationen (2015): 69/315. Entwurf des Ergebnisdokuments des Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 1. September 2015, im Internet unter: <http://www.un.org/depts/german/gv-69/band3/ar69315.pdf> (Abruf am 30.11.2018)

Weizsäcker, E.U.; Wijkman, A. (2017): „Come On!: Capitalism, Short-termism, Population and the Destruction of the Planet“; Springer Verlag, Berlin und Heidelberg, Dezember 2017

Weller, M.-P.; Kaller, L.; Schulz, A. (2016): Haftung deutscher Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen im Ausland, in: Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 216 (2016), S. 387-420.

World Bank and IMF (2015): Development Committee Discussion Note “From Billions to Trillions: Transforming Development Finance Post-2015 Financing for Development: Multilateral Development Finance” International Monetary Fund and the World Bank Group, April 2, 2015; im Internet unter: <http://siteresources.worldbank.org/DEVCOM-MINT/Documentation/23659446/DC2015-0002%28E%29FinancingforDevelopment.pdf> (Abruf am 09.11.2018)

World Energy Council (WEC) (2018): „International Aspects of a Power-to-X Roadmap - A report prepared for the World Energy Council Germany“, 18th October 2018, im Internet unter: <https://www.weltenergieerat.de/ptxstudie/> (Abruf am 30.11.2018)

Worms, M.J.; Radermacher F.J. (2018): Klimaneutralität - Hessen 5 Jahre weiter. Band II: Neue Impulse, Springer Vieweg, 2018